

„Lustgewinn wie auf einem Nagelbrett“

SPIEGEL-Report über die Pleite der Atomenergie in der Dritten Welt

Brasiliens Nuklearprogramm ist unfinanzierbar, auf den Philippinen steht ein fertiger, aber unbrauchbarer Reaktor, in Indien, Pakistan und Argentinien häufen

sich Unfälle und Pannen: In den meisten Entwicklungsländern ist die Atom-Euphorie früherer Jahre verfliegen, neue Kraftwerke werden kaum noch gebaut.

Es ist noch nicht lange her, da freuten sich die Entwicklungsländer auf eine strahlende Zukunft.

Bis 1990, sagte ihnen die Wiener Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) Mitte der siebziger Jahre voraus, würden in der Dritten Welt mindestens 260, vielleicht sogar 600 Atommeiler 174 000 Megawatt (MW) elektrischer Energie erzeugen: Die gewaltigen Strommengen, so das Kalkül, sollten auch den armen Ländern eine schnelle Industrialisierung ermöglichen, ihnen Wohlstand bringen.

Das geradezu pharaonische Nuklearprogramm Brasiliens nährte die Atom-Euphorie noch: 1975 schlossen die Lateinamerikaner mit der Bundesrepublik Deutschland einen Vertrag, der ihnen die Beherrschung des gesamten Brennstoffkreislaufs in Aussicht stellte. Acht Atomkraftwerke, Typ „Biblis“, von je 1245 Megawatt, sollten in Brasilien bis 1990 gebaut werden, dazu eine Uran-Anreicherungsanlage sowie Werke für die Herstellung von Brennelementen und Reaktor-Bauteilen. Auftragswert damals: zwölf Milliarden Mark.

Die Wirklichkeit hat all diese Träume atomisiert und die Experten der IAEO als Phantasten bloßgestellt: Ganze

23 Atomkraftwerke wurden bislang in den Entwicklungsländern errichtet (Gesamtleistung: 13 100 MW), nicht einmal fünf Prozent der weltweiten Nuklear-Kapazität. Viele Dritte-Welt-Reaktoren arbeiten, wenn überhaupt, nur sporadisch. Störfälle, verursacht durch Schlamperei, Konstruktionsfehler oder Wartungsmängel, legen die Kernkraftwerke (KKW) immer wieder lahm, gefährden Menschen und Umwelt. Vor allem aber mangelt es an Geld. Oft können nicht mal dringende Reparaturen durchgeführt werden.

Mehr als 30 Jahre nach der ehrgeizigen „Atome für den Frieden“-Initiative des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower haben sieben Entwicklungsländer Kernreaktoren. „Wohl niemals zuvor“, urteilt Christopher Flavin vom Washingtoner Worldwatch Institute, „hat ein Vorhaben solcher Größe so einen Flop erlebt.“

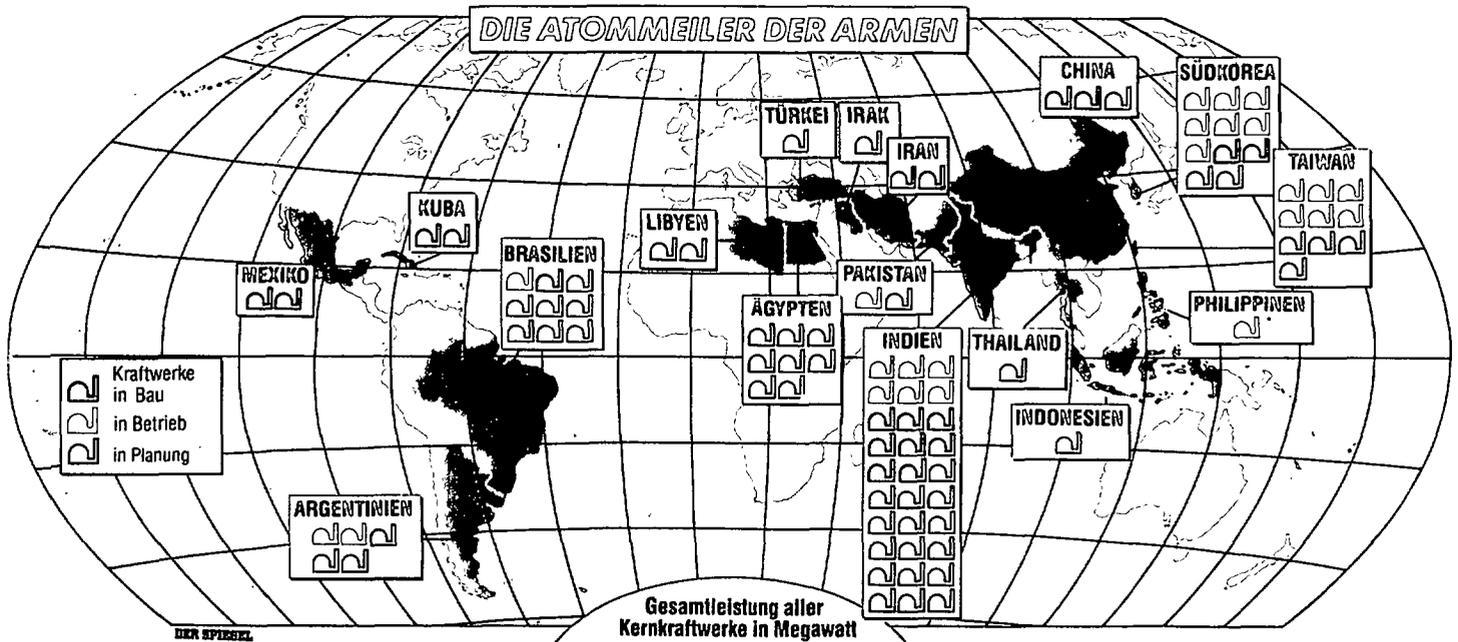
In Brasilien wurde mehr als zwölf Jahre nach Unterzeichnung des Nuklearvertrages mit der Bundesrepublik noch keine einzige Kilowattstunde Strom aus einem deutschen KKW ins Netz eingespeist. Das einzige fertige KKW, ein 626-MW-Reaktor des US-Konzerns Westinghouse, mußte im Juni vergangenen Jahres wieder einmal unplanmäßig abge-

schaltet werden – seit 1985 zum 23. Mal. „Noch 'n Knockout“ spottete die brasilianische Wochenzeitung „Veja“. Das „Glühwürmchen“ (so der Volksmund) wird wegen eines defekten Generators noch monatelang stillstehen.

1987 glimmte das Westinghouse-KKW Angra 1 am Strand von Itaorna (indianisch für „Fauler Stein“), 150 Kilometer westlich von Rio de Janeiro, gerade drei Wochen lang. 1986 waren es immerhin etwa zwei Monate.

Wenn der Atommeiler funktioniert, kostet die erzeugte elektrische Energie Brasilien dreimal soviel wie der Strom, der aus der überreichlich vorhandenen Wasserkraft gewonnen wird. Fällt der Reaktor aus, steigen die Verluste von Angra 1 auf sechs Millionen Dollar im Monat. Paulo Richer, Generalsekretär des Energieministeriums, nennt das vermeintliche Spitzenprodukt amerikanischer Hochtechnologie bloß noch „ein Miststück“. Brasilien hat Westinghouse in New York auf 50 Millionen Dollar Schadensersatz verklagt.

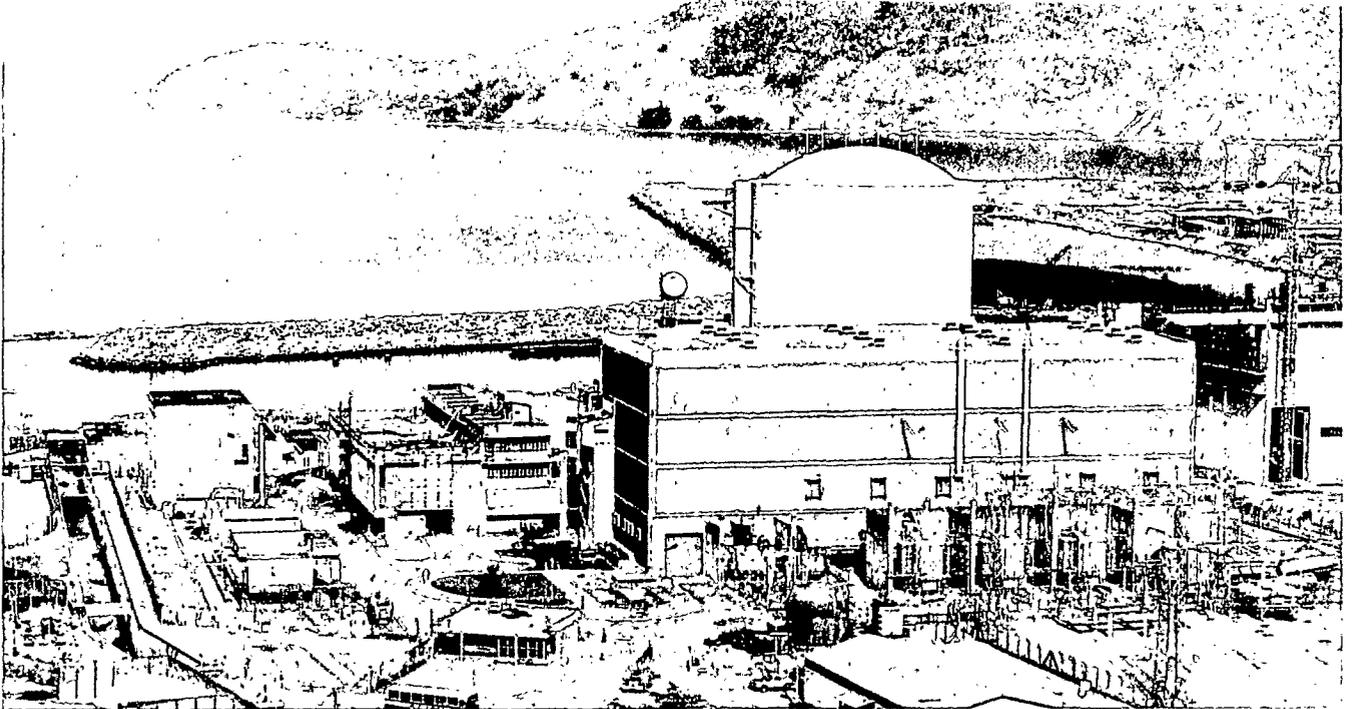
Nach der Schlüsselübergabe im November 1984 hatten die US-Konstrukteure die überforderten brasilianischen Techniker mit dem KKW allein gelassen, nicht zuletzt aus Enttäuschung, daß die



Gesamtleistung aller Kernkraftwerke in Megawatt

| Kernkraftwerke | ÄGYPTEN | ARGENTINIEN | BRASILIEN | CHINA | INDIEN | INDONESIEN | IRAK | IRAN | KUBA | LIBYEN | MEXIKO | PAKISTAN | PHILIPPINEN* | SÜDKOREA | TAIWAN | THAILAND | TÜRKEI |
|----------------|---------|-------------|-----------|-------|--------|------------|------|------|------|--------|--------|----------|--------------|----------|--------|----------|--------|
| in Betrieb | - | 935 | 626 | - | 1154 | - | - | - | - | - | - | 125 | - | 5380 | 4918 | - | - |
| in Bau | - | 692 | 1245 | 1188 | 1760 | - | - | 2400 | 816 | - | 1308 | - | - | 1800 | - | - | - |
| geplant | 8000 | 600-1000 | 8715 | 900 | 6940 | 600-1000 | 400 | - | - | 816 | - | 900 | - | 1800 | 4120 | 900 | 665 |

* Kernkraftwerk außer Betrieb: 620 MW



Westinghouse-Kernkraftwerk in Brasilien: „Niemals zuvor hat ein Vorhaben solcher Größe so einen Flop erlebt“

großen Folgeaufträge an die Deutschen vergeben wurden.

Jetzt sollen Ingenieure der deutschen Kraftwerk Union (KWU) den Skandalreaktor wieder flottmachen. Dabei haben sie mit ihren eigenen Atomkraftwerken, Angra 2 und Angra 3, hinreichend Probleme.

Bei den Aufschlußarbeiten für Angra 2 sackte das Maschinenhaus des benachbarten US-Reaktors plötzlich ab. Um Ähnliches beim deutschen KKW zu verhindern, mußten aufwendige „Pfahlgründungsarbeiten“ durchgeführt werden. Angra 3, das schon 1985 fertig sein sollte, ist noch nicht einmal im Bau. Seit Jahren lagern aber fertige Kraftwerksteile für die beiden deutschen KKW (Wert: 1,5 Milliarden Mark) in Hamburg und Brasilien.

Der Präsident der staatlichen brasilianischen Atomholding Nuclebras, Licinio Seabra, fürchtet bereits schwerwiegende „Materialschäden“ – wie beim Westinghouse-KKW. Die Teile, beteuert hingegen KWU-Sprecher Wolfgang Breyer, seien „tropenfest verpackt“, für die Verzögerungen sei die finanzielle Misere der Brasilianer verantwortlich.

Der Auftraggeber Nuclebras ist kaum noch zahlungsfähig, die Arbeiten bei Angra dos Reis kommen deshalb nur im Kriechgang voran. Die galoppierende Inflation (1987: 366 Prozent) wirft jede Kostenrechnung über den Haufen.

Mit ihrem atomaren Größenwahn haben die Militärs, die sich 1985 offiziell aus den Staatsgeschäften zurückzogen, Brasilien in eine ausweglose Situation gebracht: Die junge Demokratie kann



Staatschefs Sarney, Alfonsín*: Atompläne drastisch reduziert

sich die Atomkraft nicht mehr leisten – den Ausstieg aber ebenfalls nicht.

„Wir haben schon zuviel ausgegeben“, meint Lindolfo Paixão, Direktor der Energiegesellschaft von São Paulo, „ein armes Land wie unseres kann da nicht mehr auf die Kernenergie verzichten.“

Rund sieben Milliarden Dollar haben die hochverschuldeten Brasilianer bisher in ihre Atomanlagen investiert, jeder Tag Verzögerung kostet sie eine Million Dollar Zinsen.

Vielleicht war alles vergeblich: Kürzlich erklärte der Geologe Robert Pereira da Cunha vom brasilianischen Welt- raum-Forschungsinstitut, die Gegend um Angra dos Reis sei geologisch gefährdet. Vor der Auswahl des Standortes hatte die Militärdiktatur keine unabhängigen

* In der argentinischen Nuklearanreicherungsanlage in Pilcaniyeu.

Untersuchungen zugelassen. Auf Satellitenbildern, so da Cunha, seien zwischen Rio und São Paulo zehn Kilometer breite und mehrere Kilometer tiefe Verwerfungen zu erkennen. Stauwerke erhöhten noch den Druck auf diese Brüche, einsickerndes Wasser wirkte wie Schmiermittel.

Vor Ort plagen den Bauherren indes ganz andere Sorgen: Viele Beschäftigte haben das Vertrauen in die KKW verloren, hochspezialisierte, in der Bundesrepublik ausgebildete Kernkraftexperten wandern scharenweise zu besser zahlenden Unternehmen ab – unter anderem in die militärische Kernforschung.

Vor kurzem behaupteten die brasilianischen Militärs,

die Urananreicherung zu beherrschen – ein erster Schritt auf dem Weg zur Atombombe, die offensichtlich auch die demokratisch gewählte Regierung ihren Offizieren nicht verwehren kann oder will.

Im Atomnachbarland Argentinien arbeiten Wissenschaftler ebenfalls weiter an der Bombe, obwohl Staatschef Raúl Alfonsín im Juli 1987 bei einem Besuch seines brasilianischen Kollegen José Sarney in der Nuklearanreicherungsanlage in Pilcaniyeu versicherte, daß beide Länder gemeinsam lediglich „Lösungen für unsere Energieprobleme suchen“. Argentinien Atomenergiepläne wurden bereits 1984 drastisch reduziert, als die Regierung unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds das Atomprogramm zusammenstrich.

Besonders betroffen war davon wiederum die Kraftwerk Union. Im Mai

1987 wurden die Arbeiten am KKW Atucha 2, das die KWU gemeinsam mit den Argentinern errichtet, aus Geldmangel vorläufig gestoppt. Das Werk wird frühestens 1992 in Betrieb gehen.

Die beiden bereits bestehenden argentinischen KKW bergen unkalkulierbare Risiken: Atucha 1, seit 1974 am Netz, ist veraltet, im KKW von Embalse gab es 1983 eine Störung, die dem Unfall im US-KKW Three Mile Island bei Harrisburg gefährlich nahe kam, aber jahrelang verheimlicht werden konnte (SPIEGEL 17/1987). Vor wenigen Wochen wurde bei einer neuen Panne in Embalse radioaktives Cäsium 137 freigesetzt.

Dennoch steht Argentinien, dank kanadischer, deutscher und Schweizer Hilfe, in der Nukleartechnologie unangefochten an der Spitze der Drittweltstaaten. Zehn Milliarden Dollar, knapp ein Fünftel seiner gesamten Auslandsschulden, hat das Land bisher in diese fragwürdige Führungsrolle investiert.

Schon 1951 gründete Präsident Juan Perón eine nationale Atomenergie-Kommission. Daß Argentinien nie dem Atomwaffen-Sperrvertrag beitrug, habe vor allem kommerzielle, weniger militärische Gründe, argumentieren die Lateinamerikaner. Nun soll sich der Atom-Aufstieg bezahlt machen: Seit Anfang 1987 treten die Argentinier als Anbieter von Kernkraftwerken auf dem übersättigten Weltmarkt auf. Der Iran soll der erste Kunde sein. Die argentinische



Kontrollzentrum in Brasiliens KKW Angra 1: „Ein Miststück“

sche Firma Enace, an der die KWU mit 25 Prozent beteiligt ist, will bei der Fertigstellung des KKW Buschir mitmischen.

Diesen Kraftwerksbau hat die KWU 1975 begonnen, nach der Machtübernahme Chomeinis wurden die Arbeiten vorläufig eingestellt. Bei einem irakischen Bombenangriff auf die Baustelle kamen Mitte November 1987 elf Menschen ums Leben, darunter ein deutscher Ingenieur.

Kurz zuvor hatte die KWU noch versucht, acht Dampferzeuger für Buschir von der Mailänder Zulieferfirma Ansaldo in den Iran zu transportieren. Doch Fabrikarbeiter blockierten mit Sitzstreiks die Auslieferung der eigenen Produkte, aus Sorge vor Atomwaffenplänen der Ajatollahs. Die Regierung in Rom entschied: Bis auf weiteres dürfen die Kraftwerksteile Italien nicht verlassen.

Auch Pakistan, ein anderer KKW-Hoffnungsmarkt, leidet unter mangelnder Glaubwürdigkeit. 1979 zogen die Franzosen unter dem Druck der USA die Zusage für den Bau einer nuklearen Wiederauf-

beitungsanlage zurück. Aus Furcht vor einer „islamischen Bombe“, die bereits so gut wie fertig ist, mag auch niemand mehr konventionelle Atomkraftwerke an Islamabad liefern.

Dabei verfügt Pakistan, anders als etwa Argentinien und Brasilien, kaum über nutzbare Energiereserven und wäre auf die Kernkraft besonders angewiesen.

Der Energieverbrauch in Pakistan ist einer der niedrigsten der Welt, nicht einmal die Hälfte der 50 000 Dörfer sind an das Stromnetz angeschlossen.

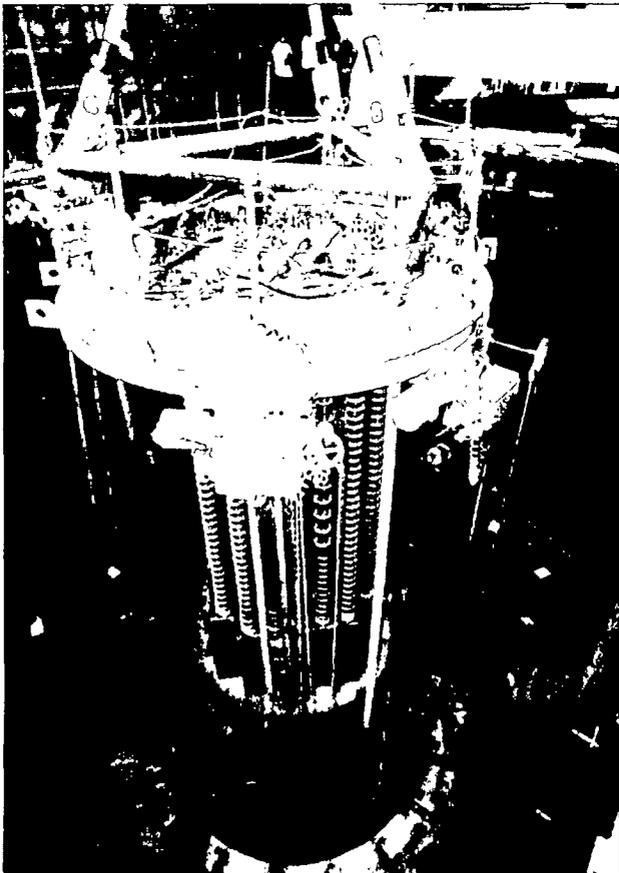
Das einzige existierende KKW schafft aus Altersgründen nur noch einen Bruchteil seiner anfänglichen Leistung. Bei Lecks floß schon öfter schweres Wasser aus, das unter anderem radioaktives Tritium enthielt.

So machten politische, wirtschaftliche, aber auch technische Probleme das geplante große Geschäft mit Atomreaktoren für die Dritte Welt kaputt.

Noch vor drei Jahren rechnete Reaktorhersteller Westinghouse mit 25 neuen KKW-Bestellungen bis 1990, vorwiegend aus Entwicklungsländern. Die KWU, nach den US-Firmen Westinghouse und General Electric sowie der französischen Framatome der viertgrößte KKW-Hersteller der westlichen Welt, setzte unter anderem auf Aufträge aus Indonesien, der Türkei und Ägypten.

Indonesien will sich aber noch nicht festlegen und macht die Entscheidung vor allem „von der finanziellen Seite des Projekts“ abhängig; die technische Qualität des KKW sei zweitrangig. Den Zuschlag wird erhalten, wer die Anlage auf Java nicht nur baut, sondern auch finanziert und 15 Jahre lang betreibt. Erst dann wollen die Indonesier das KKW übernehmen.

Eine ähnliche Risiko- und Kostenumverteilung wünscht sich die Türkei. Ankara möchte sich damit für das geplante



Philippinisches KKW Bataan*
Schwere Sicherheitsmängel entdeckt

* Einfahren des Reaktorkerns.

Kernkraftwerk bei Akkuyu im Süden des Landes knappe Devisen ersparen.

Auch Ägyptens Atomzukunft (acht Reaktoren bis 2005) bleibt unsicher. Bisher kassierte das Land am Nil von der IAEO fast vier Millionen Dollar für den „Umgang mit Atommüll“, ohne über Kernreaktoren oder radioaktiven Müll zu verfügen. Noch hat die KWU die Hoffnungen nicht aufgegeben, in Ägypten mitmischen zu können, doch die bisherigen Ergebnisse sind ernüchternd: Außer Spesen nichts gewesen.

„Es ist ein Lustgewinn wie auf einem Nagelbrett“, beschreibt KWU-Chef Klaus Barthelt die Lage seiner Firma. Zuletzt reichten die Erträge nicht mehr aus, die Personalkosten zu decken. Die KWU verlor nach dramatischen Umsatzrückgängen ihre rechtliche Eigenständigkeit als Siemens-Tochter und wurde dem Konzern im Oktober 1987 als siebter Unternehmensbereich eingegliedert, mit neuem Tätigkeitsfeld „Umwelttechnik“.

Den Weg „vom Atom-Saulus zum Öko-Paulus“, so die alternative „Tageszeitung“, möchte auch ein anderer KKW-Produzent, die schweizerisch-deutsche Brown, Boveri & Cie. (BBC), einschlagen. Weder BBC noch Siemens wollen sich aber ganz aus dem Atommarkt zurückziehen. Beide Konzerne versuchen nunmehr, mit kleinen Hochtemperaturreaktoren den Nuklearexport anzukurbeln. In diesen Anlagen soll im Gegensatz zu den herkömmlichen KKW eine Kernschmelze selbst bei einem Versagen des gesamten Kühlsystems praktisch ausgeschlossen sein. Ein weiterer Vorteil: Kleine KKW könnten beispielsweise auch zur Meerwasserentsalzung bei gleichzeitiger Stromgewinnung eingesetzt werden.

Doch auch mit den „Small is beautiful“-Reaktoren ist vorläufig kein Durchbruch zu erzielen. Selbst kleine KKW erfordern ein weitreichendes Stromnetz, gut ausgebildete Techniker, Reservekapazitäten, schnell verfügbare Ersatzteile, teure Sicherheitsvorkehrungen und ein geeignetes Atommüll-Lager – auch in den reicheren unter den Entwicklungsländern alles Mangelware.

Auf einer Sondertagung der Großkraftwerksbetreiber in Dortmund mußten die Referenten kürzlich verbittert eingestehen, daß in den nächsten 10 bis 15 Jahren wohl kein Stromerzeuger einen handlichen Hochtemperatur-Reaktor bestellen wird.

Inzwischen kam sogar die IAEO, seit 30 Jahren ein bewährter Vertreter der Atomlobby, zu dem Schluß, daß bestenfalls 10 bis 20 DrittWeltstaaten über die notwendige Infrastruktur für ein Atomprogramm verfügen. 1986 wurde weltweit nur noch mit dem Bau eines einzigen neuen KKW begonnen, 1987 waren es acht – immer noch viel weniger als in den siebziger Jahren.

Kostenexplosion, zunehmende politische Widerstände sowie die Unfälle von Three Mile Island (1979) und Tschernobyl (1986) haben aus der Kernkraft bis

auf weiteres „eine Totgeburt gemacht“, so Christopher Flavin vom Worldwatch Institute.

In der Dritten Welt arbeitet lediglich in Taiwan und Südkorea der Großteil der Atommeiler einigermaßen klaglos. Vor allem Indien ist aber zu einem Opfer kurzsichtiger Atompropaganda und technologischer Naivität geworden. Der Subkontinent wollte einst bis 1980 eine Kapazität von 8000 MW in eigenen KKW erreichen.

Heute müssen die Verantwortlichen schon zufrieden sein, wenn die bestehenden sechs Reaktoren überhaupt funktionieren und es auf bescheidene 1200 MW bringen – insgesamt nicht einmal soviel wie ein einziger Reaktorblock in Biblis oder Cattenom.

Statt geplanter zehn Prozent tragen Indiens KKW weniger als drei Prozent zur nationalen Stromerzeugung bei. Dabei gelten die häufigen Stromausfälle als Achillesferse der wirtschaftlichen Entwicklung. Drei Jahre lang blieb das KKW Rapp I im Bundesstaat Radschasthan wegen Reparaturarbeiten außer Betrieb, zwischen 1973 und 1981 mußte es über 250mal abgeschaltet werden. Bald wird Indien gezwungen sein, das desolate Werk abzuwracken, und wird damit auf Schwierigkeiten stoßen, mit denen noch kein Industriestaat fer-

tig geworden ist. In Tarapur wählte sich der Leiter der beiden Kraftwerksblöcke vergebens den elefantenköpfigen Hindu-Gott Ganesch, der Böses abwenden soll, zum Talisman. Experten nennen die Reaktoren eine „Todesquelle“; außer Tschernobyl seien sie „die am meisten verseuchten KKW der Welt“. Bei Unfällen leckte radioaktiv hochbelastetes Wasser, drei Menschen kamen ums Leben, Hunderte wurden weit überhöhten Strahlenwerten ausgesetzt.

Wie in den meisten DrittWeltstaaten wächst nun auch in Indien der Widerstand gegen neue KKW-Projekte. Weil im Heimat-Bundesstaat Mahatma Gandhis bei Kakrapar ein Atommeiler errichtet wird, zogen aufgebrachte Anhänger des Friedenskämpfers und Idols der



KWU-Chef Barthelt: Außer Spesen nichts gewesen



US-Atomkritiker Flavin
Kernkraft wurde zur Totgeburt

Gewaltfreiheit auf die Straße. Gegen das KKW Narora am heiligen Fluß Ganges, dessen Wasser Millionen Inder trinken, demonstrierten empörte Hindus. Bislang hat aber erst ein einziges DrittWeltland ein fertiggestelltes KKW nicht in Betrieb genommen. Auf den Philippinen löste Präsidentin Corazon Aquino kurz nach dem Machtwechsel 1986 ihr Wahlversprechen ein und ließ den 620-MW-Reaktor auf der Halbinsel Bataan stilllegen, kurz bevor er ans Netz gehen sollte.

Der US-Konzern Westinghouse hatte sich 1976 den Zuschlag für den Bau mit „Vermittlerhonoraren“ und Zuwendungen erkaufte. 70 Millionen Dollar flossen in die Privatkasse des damaligen Präsidenten Marcos, Westinghouse will nichts davon gewußt haben.

Ein „Management-Alptraum“ (so das US-Wirtschaftsmagazin „Fortune“) folgte: Ohne Expertengutachten und die Baubewilligung abzuwarten, begann Westinghouse überhastet mit dem

Kraftwerksbau – acht Kilometer neben einem ruhenden Vulkan, 40 Kilometer entfernt von drei geologischen Brüchen.

Das wurde sogar der atomfreundlichen IAEO zuviel. Ihre Aufforderung, die Arbeiten sofort zu unterbrechen, mißachteten die Filipinos. Als der Reaktor mit Brennstäben beladen werden sollte, entdeckte IAEO-Inspektor William Albert weitere schwere Sicherheitsmängel. Um Defekte zu vertuschen, änderte Westinghouse die Baubeschreibungen.

Am Ende stellte der US-Konzern statt anfangs veranschlagter 650 Millionen Dollar für zwei Kraftwerksblöcke 2,2 Milliarden Dollar für einen Reaktor in Rechnung. Der Preis der Westinghouse-Marcos-Connection ist für die Philippinen kaum bezahlbar: Allein die Zinsen für die ausländischen Kredite betragen täglich 350 000 Dollar.

Ein ähnliches Nuklear-Fiasko droht nun Mexiko, nach Brasilien das höchstverschuldete Entwicklungsland der Welt. In Kürze soll der erste der beiden Reaktorblöcke von Laguna Verde in Betrieb gehen. Nach über 20jähriger Planungs- und Bauzeit wird Mexiko dieses Atomabenteuer 4,5 Milliarden Dollar kosten. 20 Kernkraftwerke wollten sich die Mexikaner einst zulegen – heute spricht niemand mehr davon.

„Atomkraft? Nein danke“, dieser Ruf kommt nun auch in der Dritten Welt immer häufiger von Finanziers und Finanzministern. Für einige Entwicklungsländer, vermutet Christopher Flavin, dürfte ein schnelles Ende der Nuklearprogramme die Voraussetzung zur Lösung ihrer Schuldenkrise sein.

Nur das sozialistische Kuba mag sich von den tristen Atom-Erfahrungen nicht beirren lassen. Félix Fidel Castro Díaz, Vorsitzender der kubanischen Atomenergie-Kommission und Sohn des Staatschefs, baut mit sowjetischer Hilfe zwei KKW an der Stadtgrenze von Cienfuegos. Beide Atommeiler sollen, dank Übererfüllung des Plansolls, bereits 1990 anlaufen.

Selbstbewußt erklärte Staatschef Fidel Castro unlängst: „Keine Anlage in der Welt wird sicherer sein.“

ISRAEL

Der nächste

Wie am Fließband urteilten Militärgerichte jugendliche Palästinenser ab – die Schnellverfahren mißbrieten oft zu Justiz-Burlesken.

Die Katze“, ruft Richter Jehoschua Levi, „schafft die Katze hier raus.“ Der Oberst zieht einen Kugelschreiber aus seinem Militärparka und läßt ihn wie einen Tambourstock auf dem Tisch tanzen. Die Zuhörer grinsen.

Zwei Soldaten springen hinzu, um den Störer zu stellen. Der fette schwarze



Demonstration im Westjordanland, Palästinenser im Polizeibus, vor Gericht: Sechs

Kater macht ein paar große Sätze hinüber zur Anklagebank, läuft im Zickzack zwischen den Beinen der Angeklagten hindurch und springt auf den Tisch der Stenographin, die Bubble-gum-blasend auf ihren Einsatz wartet. Es dauert fast fünf Minuten, bis es den Soldaten gelungen ist, die Katze nach draußen zu scheuchen.

Da schmunzeln selbst die Angeklagten, die sonst wahrlich nichts zu lachen haben. Kaum einer ist älter als 16. Einige von ihnen sind seit zwei Wochen in Haft, ohne Kontakt zu ihren Angehörigen, ohne Beistand eines Anwalts. Die Angeklagten kennen noch nicht einmal die Anklageschrift.

Militärgericht Nablus, Westjordanland: Der Staat Israel verhandelt gegen 34 jugendliche Palästinenser. Sie werden beschuldigt, während der Adventsunruhen Steine auf Soldaten oder Polizisten geworfen zu haben.

Der Prozeß ist eine Justiz-Burleske – aber nicht wegen der Katze. Mit der Wahl des Anwalts fängt es schon an. Die Angeklagten hatten keine Gelegenheit, vor Beginn des Verfahrens mit ihren Verteidigern zu reden. Sie müssen den Anwalt durch Zuruf bestimmen. Ein halbes Dutzend Advokaten marschiert vor der Anklagebank auf; die Palästinenser können dann auf einen von ihnen zeigen, der ihnen zusagt: „Du?“ „Wer, ich?“ „Nein, der mit dem grauen Anzug und dem Bart.“ Der Anwalt darf einen Blick in die Ermittlungsakte werfen, und los geht's mit der Rechtsfindung.

Die meisten der jungen Männer sind nachts in den Wohnungen ihrer Eltern verhaftet worden. Die Häsher hatten es so eilig, daß sie sich dabei oft genug vergriffen. Der Richter ruft mehrfach Angeklagte auf, die gar nicht im Saal

sind. Dafür sind andere da, die nicht auf seiner Liste stehen.

So kommt es zu Dialogen frei nach Kafka: „Ich rufe Jihje Hassan Ahmed Suba.“ Keine Antwort. „Wo ist Jihje Hassan? Wo ist Andscha el-Asmar?“ Einer der Angeklagten: „Sie sind nicht da.“ Wachhabender: „Vielleicht sind sie in einem anderen Gefängnis. Vielleicht sind sie aber auch schon entlassen. Ich werde eine Überprüfung veranlassen.“ Richter: „Der nächste.“

Von den 34 Angeklagten werden an diesem Vormittag nur drei verurteilt; sie haben sich schuldig bekannt. Einer davon ist Latif Abd el-Hadi, 15, wohnhaft im Lager Anabta nördlich von Nablus. Latif gibt zu, daß er am Schultor Schmirre gestanden hat, als seine Kameraden Steine auf Militärfahrzeuge warfen. Weil er nicht vorbestraft ist, verurteilt ihn Richter Levi zu sechs Wochen Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 500 neuen Schekel, etwa 450 Mark.

Am nächsten Morgen fährt ein Autobus mit sogenannten schweren Fällen aus dem Gefängniscamp Atlit bei Haifa vor dem Gericht in Nablus vor. Die Häftlinge warten zum Teil drei und vier Stunden lang mit verbundenen Augen im Bus, bis sie in den Gerichtssaal geführt werden.

Normalerweise hat Richter Levi zwischen drei und vier Dutzend Fälle am Tag zu verhandeln. Doch selbst so routinierte Gerichtsherren wie die israelischen Militärrichter sind dem Tempo und der Besessenheit, mit der die Sicherheitskräfte in den letzten Wochen drauflos verhafteten, nicht gewachsen. Im Gazastreifen, in Ostjerusalem und im Westjordanland sind mindestens tausend Palästinenser in Haft genommen worden.

In Nablus werden an diesem Tag nur 24 Angeklagte vorgeführt – im Schnitt einer pro Viertelstunde. 21 Fälle müssen